

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen 150 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gack in Wildbad.

Nummer 229

Februif 179.

Wildbad, Samstag, den 2. Oktober 1920.

Februif 179.

54. Jahrgang

Sonntagsgedanken.

Du und die andere.

Willst du, daß wir mit hinein
in das Haus dich laßen,
Laß es dir gefallen, Sein,
daß wir dich behaßen.

Rüderer.

Wochenrundschau.

Von der Umbildung der Regierung und dem Wiedereintritt der Sozialdemokratischen Partei in das Kabinett ist es wieder ganz still geworden. Von seiten der derzeitigen Regierungsparteien wäre die Verbreiterung der Regierungsgrundlage durch die Rückkehr der Sozialdemokraten, der stärksten Partei des Reichstags, willkommen geheißen worden. Aber in der Sozialdemokratie drang schließlich der Scheidemannläge durch, dem das Zusammenregieren mit Bürgerlichen, wie Scheidemann einmal sagte, an sich ein Uebel ist, das unter gewissen Umständen zwar notwendig werden kann, dem man aber am besten aus dem Weg geht; auf jeden Fall aber will diese schwächere Richtung ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei, den früheren Nationalliberalen meiden. Zwar haben sich die Aufschauungen zugunsten einer verständlichen Haltung etwas gewandelt. Der frühere Kanzler Hermann Müller hatte nach den letzten Reichstagswahlen, als es sich um die Bildung einer neuen Regierungsmehrheit handelte, erklärt: „Nur über meine Leiche geht der Weg an die Seite der Deutschen Volkspartei!“ Jetzt hätte selbst Müller gegen die Vereinigung nichts mehr einzuwenden gehabt. Tage lang blieb aber doch der schroffer Scheidemannsche Standpunkt ausschlaggebend, der die Fühlung mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei nicht aufgeben will in der Erwartung einer schließlichen Wiedervereinigung beider sozialistischen Richtungen, die nach der inzwischen eingetretenen Spaltung der Unabhängigen in die Anhänger der Moskauer dritten Internationale und die Vertreter der Parteiselbstständigkeit, dem Bereich der Möglichkeit näher gerückt ist. Die sozialdemokratischen Parteien wollen nun vorerst ihre Parteitage abhalten und alsdann wird die Mehrheitssozialdemokratie sich entscheiden. Die Frage der Regierungsumbildung ist sonach zwar nicht aufgehoben, aber aufgehoben und eine weitere Aufforderung an die Sozialdemokratie zum Eintritt hat, wie auf dem dieser Tage in Ulm abgehaltenen demokratischen Fraktionstag ausgesprochen wurde, keinen Zweck mehr; es sei jetzt an der Sozialdemokratie, die nötigen Schritte zu tun.

Dieser Sorge wäre nun die Regierung vorläufig entzogen. Andere Fragen beschäftigen sie jetzt. Zwischen dem Reich und einigen Staaten ist nicht alles so ganz im Glatten. Die preussische Regierung geht ihre eigenen Wege, die mit denen der Reichsregierung sich öfter kreuzen. Um die preussische Regierung willfähriger zu machen, sich in den Rahmen des Reichsganzen einzufügen, ist vorgeschlagen worden, so auch auf dem demokratischen Fraktionstag, Preußen möglichst zu „dezentralisieren“, d. h. den einzelnen Provinzen möglichst weitgehende Selbstverwaltung und Unabhängigkeit von der preussischen Regierung unter Wahrung der Reichseinheit zu geben. Aber ob das nicht eine nur nach Dr. Effenbarth wäre, ist doch noch nicht ausgemacht. Und welche Mittel würden dem Reich zu Gebote, diese Maßregel gegen den Willen Preußens durchzuführen? Vielleicht gibt es auch einen anderen Weg, die Harmonie wiederherzustellen. Man darf eben nicht übersehen, daß die Gesetzgebung seit der Revolution in der Sorge für die Reichseinheit mannigfach zu weit gegangen ist und daß die Gegenbewegung gegen die überhöhte Zentralisation der Reichsgewalt keineswegs auf Preußen allein beschränkt ist. In allen süddeutschen Staaten ist eine Stimme, daß die Reichszentralisation Grenzen haben muß und daß das Reich des Einheitsstaats auf den Leib des Reichs nicht paßt. Es mag in der Form über das Ziel hinausgeschossen sein, wenn auf dem Bamberger Parteitag der Bayerischen Volkspartei ein föderalistisches Programm aufgestellt wurde. Es war wohl auch nicht so schlimm gemeint, denn die Bayern sind gute Reichsdeutsche und wollen es bleiben.

Sie wollen ein Reich von Bundesstaaten; ein Staatenbund nach amerikanischem Muster, wofür einzelne Beispiele in dem Eifer gegen das moderne Berlin eintreten, ist gewiß nicht nach dem Sinn der großen Mehrheit des bayerischen Volks. Lavan konnte sich Reichskanzler Prechenbach überzeugen, als er in den letzten Tagen nach München reiste, um mit dem bayerischen Ministerpräsidenten von Jahr über „schwebende politische Fragen“ sich zu besprechen. Es war sicherlich ganz gut, daß der Reichskanzler durch persönliche Aussprache einige „Missverständnisse“ behoben hat. Er ist ja selbst Süddeutscher und er weiß, daß in Süddeutschland der Reichsgedanke so lebendig ist als irgendwo im Reich, aber er wird es auch verstehen, daß man in Süddeutschland den berechtigten Wunsch hat, man möge in Berlin den Bogen nicht überspannen. Beiderseits scheint in München ein volles Einverständnis erzielt worden zu sein. Bayern wird voraussichtlich einen regelrechten „Reichsgesandten“ erhalten, was eine besondere Aufmerksamkeit der Reichsregierung wäre, und keinen Reichsminister, der das bayerische Gefühl verletzen müßte. Die Frage bleibt allerdings offen, ob dann auch die anderen Staaten der Ehre besonderer Gesandtschaften teilhaftig werden. Aber wenn schon, trotz der Wohnungsnot, Frankreich den deutschen Einzelstaaten Gesandte und Konsule zu irgend welchen Zwecken zuwendet, so kommt es auf ein paar eigene Gesandte mehr oder weniger auch nicht an.

„Großzügig“ ist ja doch nun einmal alles, was im Zeitalter des sogenannten Völkerbunds geschieht. Großzügig, aber zwecklos ist auch die Finanzkonferenz, die der Völkerbund nach Brüssel einberufen hat. Selbst Deutschland ist die Ehre geworden, teilzunehmen zu dürfen und es hat aus der großen Zahl seiner Sachverständigen — wer ist heutzutage nicht Sachverständig! — fast ausschließlich die fürchterliche Notlage Marzulegen, in die Deutschland durch den Friedensvertrag von Versailles gekommen ist. Es sind der Unterstaatssekretär Bergmann, der Vizepräsident der Reichsbank von Glasenapp, Prof. Dr. Loß aus München, der Geheimrat im Reichswirtschaftsministerium Dr. Trendelenburg und Herr Urbig von der Diskontogesellschaft in Berlin. Bei der Eröffnung der Konferenz erklärte der Vorsitzende Ador, weiland Bundespräsident der Schweiz, dem man nachsagt, er habe im Weltkrieg den Italienern manche Winke gegeben über militärische Operationen, die die deutsche Deeresleitung vorhatte: Ueber den Vertrag von Versailles darf auf der Konferenz nicht geredet werden! Welche Ueberraschung! Der Vertrag von Versailles ist doch das A und das O in der der ganzen Finanzmisere nicht bloß Deutschlands. Was aber Deutschland auf der Finanzkonferenz noch tun soll, wenn vom Friedensvertrag nicht geredet werden darf, ist nicht recht ersichtlich, denn daß die Armut meistens von der Bovereth herkommt, das ist uns allen seit Oufel Präfig geläufig, und über finanztechnische Fragen weiß man in Deutschland so gut Bescheid wie in anderen Ländern. Aber worauf es uns ankommen mußte, das war, Hilfe zu erhalten und die Mildeutung der unerhörten Friedensbedingungen durchzusetzen. Das hat freilich der neue Diktator von Frankreich, Millerand, zu hintertreiben gewußt. Er ließ die Konferenz von Genf, auf der wir vollends die ganze Schwere des Vertrags kennen lernen sollen, nicht vor der Brüsseler Konferenz stattfinden und die deutschen Vertreter in Brüssel hatten somit noch nicht einmal die Unterlagen, um das deutsche Glend in seiner vollen Wucht zu schildern. Was Bergmann vorzubringen hatte, war allerdings schon hinreichend, um auf die Hörer einen tiefen Eindruck hervorzubringen, wie der amtliche Bericht sagt. 240 Milliarden Reichsmark, die sich mit sonstigen Verbindlichkeiten auf 400 Milliarden erhöhen, ein Fehlbetrag im Reichshaushalt für das eine Jahr 1920 von 56 Milliarden, dazu 72½ Milliarden ungedecktes Papiergeld, im Innern eine ungeheure Steuerlast von 38 Milliarden. Was bisher an Leistungen für den Feind aufgebracht wurde, erreicht die Höhe von über 47 Milliarden, darunter 15 Milliarden allein für die feindlichen Besatzungen, Ueberwachungsmissionen usw., ungerechnet die Tausende von Hektar besten Ackerbodens, die von den Feinden für Bauten, Uebungs- und Spielplätze in Beschlag genommen wurden; unge-

rechnet ferner die zwei weiteren Truppenübungsplätze, die die Belgier verlangen. Fortwährend kommen neue Einquartierungen, müssen Wohnungen und Kasernen für die Fremden bereit gestellt werden usw.

Die Schilderung hat, wie gesagt, auch ohne das noch zu erwartende Diktat von Genf Aufsehen erregt und es hat etwas Mühendes, wenn Bergmann seinen Bericht mit den Worten schloß: In der ungeheuren Aufgabe, durch diesen Berg von Schwierigkeiten sich durchzuarbeiten, reichen die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands allein nicht aus; trotzdem halte aber die deutsche Regierung die Finanzlage nicht für verzweifelt. Wenn der Unterstaatssekretär aber hoffte, vom Völkerbund Hilfe zu erwirken, so hat er sich getäuscht. Der Sachverständige Englands, Brand, erklärte, Großbritannien befindet sich wieder in einer befriedigenden Lage. Es habe sich selbst geholfen und so müßten es die notleidenden Staaten auch machen. Arbeiten und sparen und eine geordnete Staatsfinanzwirtschaft, das seien die einzigen Mittel, um wieder auf die Beine zu kommen. Die Engländer haben da gut reden. Sie haben sich von der Kriegsbeute gleich vornweg das Beste geholt, sie haben unter den Kriegsbeteiligten überhaupt verhältnismäßig die geringsten Schäden gehabt, abgesehen von den Seeschiffen, für die sie sich aber durch die deutschen Kriegs- und Handelsschiffe bezahlt gemacht haben.

Von den anderen Staaten hätte jeder auch Klagen vorzubringen: die Ausgaben seien unnatürlich gestiegen und die Einnahmen konnten damit nicht Schritt halten; Papiergeldwirtschaft, Geldentwertung, Teuerung, Rückgang der Kaufkraft und der Produktion seien die Folgen. Nur Spanien war so ehrlich, zuzugeben, daß es im Weltkrieg ausgezeichnete Geschäfte gemacht habe. Seine große Auslandsschuld sei bis auf 50 Millionen — nicht Milliarden — Franken zurückgezahlt und die Bank von Spanien habe 2 Milliarden Gold aufspeichern können.

Das entscheidende Wort auf der Konferenz sprach der Amerikaner Mister Boyden, der gewissermaßen als Privatperson anwesend ist, denn die Vereinigten Staaten, die den Völkerbund nicht anerkennen, wollen auf der Konferenz nicht amtlich vertreten sein. Auf Drängen der erleuchteten Gesellschaft gab er dann seine private Meinung zum besten, die sich die Europäer wohl hinter dem Ohr schreiben dürften: Man werde es den Amerikanern nicht verdenken können, wenn sie für das notleidende Europa kein Geld übrig haben, solange hier nichts als Zwietracht, Haß und Neid bestehe. — Frankreich hat nun einen Erfolg und einen Mißerfolg. Es hat die Brüsseler Konferenz des Völkerbunds tatsächlich bedeutungslos gemacht und sich die Freiheit für das Diktat in Genf vorbehalten. Es sieht sich aber auch wohl in der Erwartung getäuscht, daß der Bund der Völker dem „unselbstigen Deutschland eine Anleihe von einigen Milliarden vorstrecken werde, die Frankreich sofort als Abschlagszahlung über den Tisch streichen wollte. Der Völkerbund selbst schneidet auch nicht gut ab und die Konferenz von Brüssel wird dazu beitragen, die Abneigung gegen ihn in Amerika zu vertiefen und die Wahlsansichten des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Harding zu stärken, der neulich erklärte, er werde dem Wilsonschen Zerbrochenen einen wahrhaftigen Verband der Nationen entgegensetzen. In diesem Verband wird dann auch für Deutschland und die übrigen vom „Völkerbund“ verfeindeten Länder Platz sein, ohne daß sie darum zu betteln brauchen.

Der Staatshaushalt von Sowjet-Rußland.

Das englische Sozialistenblatt „Daily Herald“ veröffentlicht den Staatshaushalt für das erste Halbjahr 1919, den Lenin für Sowjet-Rußland aufgestellt hat.

1. Produktion.

	in Millionen Rubel	
	Einnahmen	Ausgaben
Nationalisierte Industrie	5812	8684
Zuckermonopol	493	344
Branntweinmonopol	257	212
Polzmonopol	164	88
	6726	9358

2. Verteilung.

	Einnahmen	Ausgaben
Nahrungsmittel	6500	8153
Steuern darauf	2250	—
Erwerbung der Nahrungsmittel	—	127
	8750	8280

3. Transport.

	Einnahmen	Ausgaben
Eisenbahnen	923	5000
Flußschiffahrt	302	425
	1225	5425

4. Andere Posten.

	Einnahmen	Ausgaben
Steuern	2213	—
Krongüter	61	—
Domänen	1117	—
Anderer Einnahmen	347	—
Erziehung	—	2326
Öffentliche Arbeiten	—	1395
Deer	—	12491
Anderer Ausgaben	—	11424
	3648	27636

Die Gesamteinnahmen dieses bolschewistischen Haushaltsplans stellen sich also auf 20 349 Millionen Rubel, die Gesamtausgaben erreichen die Höhe von 50 103 Millionen Rubel für das erste Halbjahr 1919. Der Fehlbetrag eines halben Rechnungsjahrs beträgt demnach 29 754 Millionen oder rund 30 Milliarden Rubel. Unter den Einnahmen ergeben die Steuern nur den Betrag von 2193 Millionen Rubel oder 11 Prozent der Gesamteinnahmen. Der Fehlbetrag der sozialisierten Industrie beträgt nahezu 3000 Millionen Rubel. Die Unterbilanz der Eisenbahn stellt sich auf mehr als 4000 Millionen Rubel oder 80 Prozent. Die Ausgaben für die Armee stellen sich auf 12 401 Millionen Rubel; eine eigenartige Illustration des bolschewistischen Pazifismus. Die weitere beträchtliche „andere Ausgabe“ von 11 424 Millionen Rubel verschlingt wahrheitsgemäß die Zentralorganisation in Moskau. Der für das Jahr 1918 erwartete Fehlbetrag von 31 000 Millionen Rubel stellte sich nach dem „Daily Herald“ in Wirklichkeit auf 45 000 Millionen Rubel.

Neues vom Tage.

Für die Kartoffel-Zwangswirtschaft.

Berlin, 1. Okt. Die Berliner Gewerkschaften haben sich in einer Erklärung an die Reichsregierung für die Wiedereinführung der Kartoffel-Zwangswirtschaft ausgesprochen, um die durch die Freigabe entstandene große Gefahr für die Ernährung der ärmeren Bevölkerung zu beseitigen. Eine gemeinsame Stellungnahme der deutschen Gewerkschaften für die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft der Kartoffeln soll vorbereitet werden.

Wiederholtes Einreiseverbot.

Breslau, 1. Okt. Die Abstimmungskommission des Verbands hat dem Fürstbischof von Breslau Dr. Vertram die Einreise nach Oberschlesien zum zweiten Mal verweigert. In katholischen Kreisen Schlesiens glaubt man die Versagung auf den Einfluß des päpstlichen Abstimmungskommissars Runtius Matti, eines Polenfreundes, zurückzuführen.

Verbot der Einwohnerwehren in Preußen.

Berlin, 1. Okt. Eine Verfügung des preussischen Ministers des Innern ordnet an, daß vom 1. Oktober ab keine Einwohnerwehren in Preußen mehr bestehen und keine Waffen der aufgelösten Einwohnerwehren im Besitz der Mitglieder sein dürfen.

Unregelmäßigkeiten eines Ernährungs-Kommissars.

Berlin, 1. Okt. Der Geschäftsordnungsausschuß der preussischen Landesversammlung beschloß, seine Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Wilhelm Schulz (Soz.) aus Kiel zu erteilen, da dieser dringend verdächtig sei, als Ernährungs-Kommissar für Schleswig-Holstein sich zahlreicher Unregelmäßigkeiten schuldig gemacht zu haben. Die Mehrheitssozialisten enthielten sich der Abstimmung.

Verkehrskonferenz.

Würzburg, 1. Okt. In Anwesenheit sämtlicher deutscher Eisenbahnpräsidenten wurde gestern hier eine Verkehrskonferenz von Reichsminister Gröner eröffnet. Die Verhandlungen sind vertraulich.

Eine Million Zentner billige Kartoffeln.

Güstrow (Mecklenburg), 1. Okt. Eine Bauernversammlung in Güstrow erklärte sich einstimmig bereit, für notleidende mecklenburgische Gemeinden eine Million Zentner Kartoffeln zum Preis von 19 Mark für den Zentner zur Verfügung zu stellen.

Der Kerker von St. Germain.

Wien, 1. Okt. Bei der Beratung der neuen Verfassung in der Nationalversammlung erklärte Abg. Schönburger (Großdeutsche Volksp.): Die Verfassung könne nur den Zweck haben, über die nächste Zeit hinwegzukommen und für Großdeutschland zu retten, was noch zu retten ist. Ein Einheitsstaat sei deshalb unmöglich. Das Ausland werde erkennen müssen, daß es ein Verbrechen ist, 6 Millionen Deutsche in den Kerker von St. Germain (Friedensvertrag Oesterreichs) einzusperren. Ein Volk, ein Staat! (Stürmischer Beifall und Heilrufe der Großdeutschen.)

Die Krisis in Tschechien.

Prag, 1. Okt. Die sozialdemokratischen Abgeordneten der Nationalversammlung beschloßen, den jüngst von den Kommunisten abgehaltenen Kongreß nicht als Parteikongreß anzuerkennen. Die Abgeordneten beider sozialdemokratischen Parteien sollen demnächst zusammentreten,

um die Anhänger der kommunistischen Internationale (die Radikalen) aus der Partei auszuschließen. Die Veranstalter der kommunistischen Konferenz wurden sofort ausgeschlossen.

Noch eine Brüsseler Konferenz.

Brüssel, 1. Okt. (Havas.) Die Verbandsvertretungen sind in ihrer Mehrheit für eine zweite Finanzkonferenz, die nach der Konferenz in Genf stattfinden soll. Man ist enttäuscht, daß Amerika an der geplanten Anleihe sich nicht beteiligen will. (Unter diesen Umständen hätten sich allerdings Millerand und Delacroix das Hintertreiben der Genfer Konferenz ersparen können.)

Nochmalige Verhandlungen in London.

London, 1. Okt. Auf den Vorschlag Lloyd Georges hat der geschäftsführende Ausschuß der Bergarbeiter beschlossen, die Verhandlungen mit den Grubenbesitzern und den Regierungsvertretern wieder aufzunehmen.

Paris, 1. Okt. Wie aus Rom gemeldet wird, ist Kardinal Dubois zum Erzbischof von Paris ausersehen.

Der Gewerkschaftskongreß in Orleans hat die Tätigkeit des Verwaltungsrates der C. G. T. (Allgemeiner Arbeiterbund) mit 1482 gegen 651 Stimmen gutgeheißen. Aus einer Rede von Zuhayr ist hervorzuheben, daß ein Einverständnis zwischen den französischen und den deutschen Arbeitern gegenüber der von Millerand befolgten Politik auf Behebung des Ruhrgebietes erzielt worden ist.

Vermischtes.

Die Großfunkstation Nauen ist am 29. September in Gegenwart des Reichspräsidenten Ebert, des preussischen Staatsministeriums und vieler Gäste eröffnet worden. Durch den Friedensvertrag ist Deutschland seiner überseeischen Kabel und der Möglichkeit beraubt worden, seine überseeischen Verbindungen und die niedergebrochene Handelswirtschaft wieder aufzunehmen. Die Gesellschaft für drahtlose Telegraphie hat nun im Verein mit den Reichsbehörden und unterstützt durch weite Kreise der deutschen Industrie Erlaubnis erhalten, in einer neuen Anlage in Nauen. Bei der Eröffnung wurde ein Funkpruch „An Alle!“ in die Welt hinausgeschickt, in dem die Eröffnung der Station mitgeteilt wurde. Nach zwei Stunden liefen aus vier Weltteilen die Antworten ein. — Die neuerbauten Antennenmasten haben eine Höhe von 250 Metern. Ein geliebter, im Steigen besonders ausgebildeter Monteur brauchte ¼ Stunden, um bis zur Spitze zu gelangen. Die Reichweite der Funkenwirkung beträgt bis jetzt 20 000 Kilometer, also fast die Hälfte des Erdumfangs. Besonders wertvoll ist der jetzt ungehinderte Verkehr mit Amerika.

Postdienst. Der Postdienst Paris—Straßburg verkehrt vom 1. Oktober ab täglich.

Winterknoten. Am 30. September wurde in Freudenstadt ein Zug Schneegänge geizen, der in westlicher Richtung flog. Schneegänge so auf baldigen und strengen Winter deuten.

Die deutschen Benediktiner in Jerusalem. Wie das Brüsseler Blatt „Soir“ meldet, ist das Bestium der deutschen Benediktiner in Jerusalem, das während des Kriegs belgische Benediktiner sich im Einverständnis mit der Entente widerrechtlich angeeignet hatten, auf die Beschwerde der Deutschen nunmehr diesen wieder zurückgegeben worden. Die Belgier haben die Abtei sofort zu räumen.

250 Mk. Diktien für den Tag. Auf 23. und 24. September hatte der Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Teile und Fette in Berlin die Mitglieder seines Unterausschusses für fettlose Waschmittel zu einer Besprechung nach Baden-Baden eingeladen. An Taggeldern erhielten die Erschienenen 250 Mk. täglich und überdies noch freie Bahnfahrt 1. Klasse. Kein Wunder, daß die Kriegsgesellschaften nicht sterben können.

Pferdebefehl. In Schwemningen bei Donaueschingen wurden dem Bagnereibesitzer Paulin zwei Pferde im Wert von 60 000 Mark aus dem Stall gestohlen.

Millionen Diebstahl. Der Geheimrätin Boginsk in Berlin wurden durch ihr ledentliches Dienstmädchen und deren dunklen Anhang Kunst- und Schmucksachen im Wert von 1½ Millionen Mark gestohlen.

Weinpreise in früheren Zeiten. Im Hinblick auf die heutigen Weinpreise, die wiederum eine ungeheure Höhe zu erlangen scheinen, ist es interessant, auch einen Rückblick auf die Weinpreise in früheren Zeiten zu werfen, wo man doch recht billigen Wein kaufen konnte. Es kostete im Jahr 1547 ein Eimer Wein in Württemberg 6 Schilling (21 Schilling gingen auf einen Gulden), 1550 kostete der Wein 5 Böhmisch (20 gingen auf den Gulden), 1569 9 Böhmisch, 1585 20 Schilling, 1570 18 Schilling, 1600 30 Schilling, 1630 17 Kreuzer (das ist wohl der billigste Jahrgang gewesen) 1671 64 Kreuzer, 1680 57 Kreuzer, 1687 42 Kreuzer, 1702 57 Kreuzer, 1728 30 Kreuzer (½ Gulden), 1740 30 Kreuzer. Auch wenn der Eimer einen Gulden kostete, dürfte das sicher noch als billig zu bezeichnen sein. Solche Guldenweinjahrgänge hatten wir 1580, 1610, 1638, 1645 und 1722. Schon ziemlich „teuer“ war dagegen der Wein 1626, wo der Eimer 2 Gulden 6 Schilling kostete; 1678 zahlte man 2 Gulden, 1692 2 Gulden 54 Kreuzer, 1694 3 Gulden, 1772 3 Gulden 48 Kreuzer, 1771 (wo außerordentliche Teuerung und Hungersnot herrschte) und 1 Pfund Brot 8 Kreuzer kostete) sogar 4 Gulden. Das allerbeste Weinsjahr war aber wohl das Jahr 1622, wo der Eimer 18 Gulden kostete. Auch vollständige Fehljahre, wo der Winter überhaupt nichts bekam und alles erfror, kamen in früheren Jahren vor: 1564 ist der Wein ganz erfror, 1602 ist ebenfalls alles erfror und 1793 gab es überhaupt keinen Wein.

Merkblatt für Eheschließende.

Vor Zeiten war es Vorschrift, daß alle, die in den Stand der Ehe treten wollten, über einen gewissen Besitz sich ausweisen mußten, damit sie und ihre Familien nicht alsobald der Armenfürsorge zur Last fallen. Diese Bestimmungen sind längst aufgehoben und den Eheschließungen war von Obrikeitwegen so gut wie keine Schranke mehr gezogen. Daß das auch nicht das Richtige war, hat man im Lauf der Jahrzehnte erfahren müssen, als die sogenannten Vererbungskrankheiten durch die vorbehaltlosen Ehen eine unheimliche Ausbreitung erlangten. Das freie Amerika hat zuerst wieder Gesetze eingeführt, durch die Personen, die mit gewissen, durch Fortpflanzung usw., vererblichen Krankheiten behaftet sind, das Eingehen der Ehe untersagt wird. So hat nun auch die Gesetzgebung des republikanischen Deutschland die Bestimmung getroffen, daß von den Standesbeamten den Verlobten und denjenigen, deren Einwilligung zur Eheschließung nach dem Gesetz erforderlich ist, vor der Anordnung des Aufgebots ein Merkblatt ausgehändigt werden soll, in dem auf die Wichtigkeit einer ärztlichen Untersuchung vor der Eheschließung hingewiesen wird. Den Vorlaut des Merkblatts hat das Reichsgesundheitsamt festgestellt. Es liegt zurzeit dem Reichsministerium des Innern zur Prüfung vor und wird dann dem Standesbeamten zugehen. Der Reichsgesundheitsrat empfiehlt weiterhin in seinem Gutachten, daß Verlobte bei der Anmeldung vor dem Standesbeamten ein in den letzten vier Wochen ausgestelltes ärztliches Zeugnis beizubringen und daß die Verlobten zu befragen haben, daß ihnen das beiderseitige Gesundheitszeugnis bekannt sei.

Das Merkblatt betont den Wert der Gesundheit von Mann und Frau als Grundpfeiler für das Glück der Ehe und die Gefahr der Uebertragung von Krankheiten auf den Gatten und auf die Kinder. Als besonders unheilvoll werden genannt: Tuberkulose, Geschlechts- und Geisteskrankheiten; nicht minder verderblich wirken Trunksucht, Morphinum- oder Kokainmißbrauch. Nur der Arzt könne sagen, ob eine Krankheit vorliege, die zurzeit die Heirat nicht ratsam erscheinen lasse. Gar mancher sei krank, ohne es überhaupt zu wissen. Das Merkblatt weist auf die Schweigepflicht des Arztes hin. Wer es unterläßt, von dem Ergebnis der ärztlichen Befragung vor dem endgültigen Entschluß zur Verehelichung Mitteilung zu machen, begehe schweres Unrecht, das sich bitter rächen könne. Außer auf die Gewissenspflicht macht das Merkblatt darauf aufmerksam, daß nach dem bürgerlichen Gesetzbuch eine Ehe für nichtig erklärt werden kann, wenn ein Teil bei der Eheschließung nicht hinreichend über die Persönlichkeit und die entscheidenden Eigenschaften des anderen unterrichtet war, und daß, wer den anderen schuldhaft anstecke, sich auch schaden-erfährpflichtig mache, ja sich sogar der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung aussetze.

Württemberg.

Stuttgart, 1. Okt. (Kein Reichsgesandter.) Wie das „N. Tagbl.“ hört, liegt die Absicht, auch in Stuttgart eine diplomatische Reichsvertretung einzurichten, wie in München, nicht vor. Sollte sich die Notwendigkeit einer Vertretung ergeben, so würde sie mit der in München zu errichtenden Stelle verbunden werden.

Stuttgart, 1. Okt. (Der Rücktritt von Verkehrsbeamten in den württ. Staatsdienst.) Wie verlautet, läßt die württ. Regierung bei den Beamten zurzeit Erhebungen darüber anstellen, ob Rücktritte von Beamten in den württ. Staatsdienst in Frage kommen, um sich ein Bild machen zu können, wieviel Beamte nach Ablauf der in dem Uebnahmevertrag zwischen Reich und Württemberg vorgesehenen Frist von sechs Monaten für eine zeitliche Zuruhesetzung in Frage kommen.

Stuttgart, 1. Okt. (Jubiläum.) Heute sind es 25 Jahre, daß der Landtagsabgeordnete Theodor Köner die Geschäftsführung des Bundes der Landwirte, jetzt Bauernbund, übernommen hat. Seit 1907 ist er Abgeordneter zum württ. Landtag, seit diesem Frühjahr auch Abgeordneter zum Reichstag. Die Organisation der württ. Bauernschaft ist zum großen Teil sein Verdienst.

Stuttgart, 1. Okt. (Aus dem Parteileben.) Der Vertretertag der Württ. Bürgerpartei ist vom 8. Oktober auf 4.—7. November verschoben worden. Eine Tagung der bürgerlichen Gemeindevertreter wird sich anschließen.

Stuttgart, 1. Okt. (Betriebs einschränkung.) Um eine Entlassung von Arbeitern zu vermeiden, ist in den Betrieben Bosch und Eisenmann die Arbeitszeit eingeschränkt worden. Bei Bosch wird nur an vier Tagen in der Woche mit 32 Stunden gearbeitet.

Stuttgart, 1. Okt. (Wiedereinstellung Zwangswirtschaft.) Die Bewirtschaftung von Hauf ist durch eine Bekanntmachung der Reichswirtschaftsstelle für Hauf aufgehoben worden. Die Meldevorchriften bleiben vorerst noch bestehen.

Ludwigsburg, 1. Okt. (Wohnungsbauten.) Nach dem Bericht des städt. Wohnungsamts wurden im laufenden Jahr für Neubauten, Ein- und Umbauten 1½ Millionen Mark aufgewendet. Insgesamt wurden 103 neue Wohnungen geschaffen.

Großgartach, 1. Okt. (Einbruch.) Während die Bewohner im Weinberg waren, wurde bei Landwirt August Köstler eingebrochen. Den Dieben fiel eine ansehnliche Beute in Bargeld in die Hände.

Bretfeld, OA. Weinsberg, 1. Okt. (Mord.) Der aus dem Elsaß ausgewiesene Stationsbeamte Bürk wurde von seinem Schwager, dem Bauern Wenninger, mit einem Knüttel erschlagen, im Zorn darüber, daß die Schwiegermutter der beiden, um der Familie des Bürk das Fortkommen zu erleichtern, dieser einen Ader abgetreten hatte.

Göppingen, 1. Okt. (U. S. P. und Moskau.) Die Kreisversammlung der hiesigen U. S. P. lehnte mit 38 gegen 31 Stimmen die Aufnahmebedingungen zur 3. Internationale ab.

Neutlingen, 1. Okt. (Brand.) Im Güterschuppen des Bahnhofes brach Feuer aus, wodurch ein großes Vorratslager vernichtet wurde. Der Schaden beträgt etwa eine Million Mark. Er betrifft hauptsächlich die Firmen, Epp u. Kullen und Dreßfuß u. Söhne.

Pfullingen, 1. Okt. (Besitzwechsel.) Der Gemeinderat hat das Geschäftshaus von Buchdruckerbesitzer G. Knapp um 68 000 Mark käuflich erworben, um Wohnungen einzubauen.

Tübingen, 1. Okt. (Bluttat.) In Dersingen kam es am Donnerstagabend zwischen dem Maurer Gottlob Hermann und seinem 23jährigen Sohn Johannes, wie schon oft, zu einem Streit. Der Sohn brachte seinem Vater mit einem Revolver tödliche Verletzungen bei, darauf erschoss er sich selbst.

Wetzheim, 1. Okt. (Flußregulierung.) Die Gemeinden Unter- und Mittelschlechtbach haben beschlossen, das Flußbett der Wieglauf, die jüngst wieder eine

Philipp Bosch Nachf., Wildbad

Inhaber Wiber & Graf

empfehlen für den Winterbedarf zu billigsten Preisen:

Kleiderstoffe Damen-Kostümstoffe Karro's in Wolle und Halbwolle Flausch für Kindermäntel Herren-Anzugstoffe Herren-Lieberzieher- u. Ulsterstoffe	Seide u. Sammet Seidenstoffe, einfarbig und bunt 45, 70 und 90 cm breit Seiden-Schotten für Blusen Eolienne, schwarz und weiß, 100 cm Sammete in glatt und gerippt, für Kleider und Kostüme	Baumwollwaren Halbflanelle für Hemden Blusenflanelle Biber für Unterröcke Bettuch-Biber Velour, bedruckt, für Blusen u. Kleider Schürzen- und Kleiderzeugle
--	--	--

Bozener-Mäntel		Burschen-Anzüge
Aussteuer-Artikel Bettkattun Kölsch Schirting Lelnen und Halbleinen Baumwolltuch Handtuchstoffe Handtücher, abgepaßt Bettbarchent Matrazendrell Bettfedern	Frottier-Hand- und Bade-Tücher	Woll-u. Strickwaren Biber-Unteröcke und -Hosen für Frauen und Mädchen Halbflanel-Hemden für Männer und Frauen Herren-Westen, gestrickt Knaben-Sweater Damen- u. Kinderstrümpfe Socken Gamaschen
Tischdecken	Bettdecken	Vorhangstoffe
		1a. Putztücher

Größte Auswahl!

Reelle Bedienung!

Christofshof.
Hochzeits-Einladung.
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte, sowie Schulkameraden u. Kameradinnen zu unserer am
Samstag, den 2. Oktober 1920
und Sonntag, den 3. Oktober 1920
im Gasthaus zum „Auerhahn“ (Christofshof) stattfindenden
Hochzeits-Feier
ganz ergebenst einzuladen und bitten dies als persönliche Einladung entgegennehmen zu wollen.
Ludwig Weißinger,
Engländerle.
Elise Schrafft.
Rückgang 1/2 12 Uhr vom Hotel gold. Lamm aus.

Besser als Papiergeld
ist der Besitz meines Kohlenparers
—Feuergeist—
für Kochherde, Backöfen, Centralheizungen.
Garantierte Kohlenersparnis 20—30%, Holz bis 40%.
Jahrzehntelange Haltbarkeit,
daher 1000fache Verzinsung.
Anträge auf unverbindlichen Besuch, Kosten-
Vorschläge usw. nimmt gerne entgegen
Albert Boger, Heiztechn. Wildbad
Fernsprecher 81.

Linden-Lichtspiele.

Sonntag, den 3. Oktober
Beginn nachmittags 4 Uhr
Großstadt-
Schlager-Programm
Kommen!!! Sehen!!! Staunen!!!

Das Verbrechen in Wallstreet 13

Grosser Detektiv-Schlager in 5 Akten.
Zum Tollachen! Zum Tollachen!
Der Badeball
Schwank in 2 Akten.

Preise der Plätze: 1. Platz 3.50
2. Platz 2.80
einschließlich Steuer.
Zu zahlreichem Besuch laden ein
Wilh. Kull.

2000 Km.
Fichtenpapier-Holz,
entriindet zu kaufen gesucht.
Off. m. auß. Preis erb. unter M. T. 250 an die Ge-
schäftsstelle ds. Blattes.

Bestellte Kartoffel
treffen am Montag ein.
Robert Stirner.

Felle! für Leder wie
Pelz-
Fabrikation
kauft zu den
allerhöchsten
Tagespreisen
an.
Erich Maischhofer,
moderne Tieraussstopferei.
Lindenstr. 52 Pforzheim Telefon 1501

KIWAL
macht alte Möbel, poliert, lackiert oder gebeizt
wieder wie neu.
reinhält und entört alle Flecken, selbst
Tintenspritzer überraschend schnell und
frischt gleichzeitig auf.
Garantiert unschädlich. - Preis nur 3 Mk. pr. Fl.
Wilh. Bohnenberger, Eisenwaren

Einmachtopfe.
Die bestellten 1 bis 40 Ptr. großen Einmachtopfe sind
eingetroffen und können abgeholt werden.
Gebrauchte
Herde und Oefen
werden ebenfalls abgegeben und können im Lager Bahnhof
besichtigt werden.
Chr. Schill u. A. Schanz.

Galth. zur „Eisenbahn“.
Sonntag nachmittag von 2 Uhr ab
Große öffentliche
Tanz-Unterhaltung
wozu höflichst einladet
harmoniumspieler Wilh. Fischer.

Ein
nor-
züg.
im Friseurgeschäft Braun & Schlegel, König-Karlstraße.
Hühneraugen- Mittel ist
„CornUA“
Erhältlich

Jahrgang 1902
trifft sich Samstag abend im Hirsch
[Nebenzimmer].
Mehrere 1902er.